



26. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Gremium: Ausschuss für Kultur und Wissenschaft
Sitzungstermin: Donnerstag, 23.03.2017, 18:00 Uhr
Ort, Raum: Raum 107, Hegelallee , Haus 9

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.02.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

- 4 Straßenbenennung in 14473 Potsdam
Hier: Bebauungsplan Nr. 37B Babelsberger Straße, Teilbereich Friedrich-List-Straße, 2. Änderung

- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 5.1 Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam
17/SVV/0014 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
OBR Golm

- 5.2 Depots für die Stadt- und Landesbibliothek und das Potsdam Museum
16/SVV/0609 Fraktion DIE LINKE
FA, WA KIS

- 5.3 Evaluation im Potsdam Museum
17/SVV/0161

- 5.4 Erinnerung an die Opfer der Ereignisse vom 16. März 1920 (Kapp-Lüttwitz-Putsch)
17/SVV/0213

- 6 Mitteilungen der Verwaltung

- 6.1 Kino Charlott

- 6.2 Jahresbilanz Volkshochschule Potsdam

- 6.3 Jury Max-Dortu-Preis

- 7 Sonstiges

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Uwe Fröhlich	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
-------------------	-----------------------	--------------

zusätzliches Mitglied

Herr Eric Blume	DIE aNDERE	entschuldigt
-----------------	------------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Christine Anlauff	DIE aNDERE	entschuldigt
Frau Marta Balzer	DIE LINKE	nicht anwesend
Herr Roman Kuffert	AfD	entschuldigt
Frau Anna Lüdcke	CDU/ANW	nicht anwesend
Frau Kerstin Walter	SPD	entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Bettina Schmidt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.01.2017 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Expertenbeirat zur Qualitätssicherung von Sprachkursen
Vorlage: 16/SVV/0403
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
GSI, B/Sp., K/W (ff)
 - 3.2 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 16/SVV/0801
 - 3.3 Aufnahme von Inka Unverzagt in den Pool für Straßennamen
Vorlage: 17/SVV/0011
 - 3.4 Aufnahme von Hannah Arendt in den Pool für Straßennamen
Vorlage: 17/SVV/0012
 - 3.5 Straßennamenpool der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0013
 - 3.6 Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0014
 - 3.7 Regelmäßiges Monitoring der Kreativwirtschaft
Vorlage: 17/SVV/0056
Fraktion CDU/ANW
HA
 - 3.8 Spielplatz Schiffbauergasse
Vorlage: 17/SVV/0088
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
 - 4.1 Projektförderung 2017
 - 4.2 Kulturpolitische Konzepte
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Dr. Schröter eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.01.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Schröter stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Bezüglich der Tagesordnung bittet Frau Hüneke um Verschiebung des Tagesordnungspunktes 3.1 und begründet dies damit, dass im März Rücksprachen der Initiatoren stattfinden. Frau Dr. Schröter ergänzt, dass der Antrag bis Mai 2017 verschoben werden müsste, da vor Votierung im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft die Voten des Ausschusses für Bildung und Sport sowie Gesundheit, Soziales und Inklusion abzuwarten seien.

Hinsichtlich des Tagesordnungspunktes 3.6 bittet Frau Dr. Schröter um Verschiebung bis zur Sitzung im März, da das Votum des Ortsbeirates Golm noch aussteht.

Gegen die beantragten Verschiebungen erhebt sich kein Widerspruch.

Des Weiteren bittet Frau Dr. Schröter darum, die Tagesordnungspunkte 3.3, 3.4 und 3.5 vorzuziehen und am Anfang der Sitzung zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Tagesordnung mit den vorangegangenen Änderungen wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

Frau Dr. Schröter informiert über den eingereichten Antrag auf Rederecht von Frau Dr. Scholz, Vorstandsvorsitzende des Sinfonieorchesters Collegium musicum e.V., zum Tagesordnungspunkt 3.2. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Hinsichtlich der Niederschrift der Sitzung vom 12.01.2017 gibt es keine Anmerkungen der Ausschussmitglieder. Die Niederschrift wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **4**

Ablehnung: **0**

Enthaltung: **3**

Der Niederschrift wird zugestimmt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Expertenbeirat zur Qualitätssicherung von Sprachkursen

Vorlage: 16/SVV/0403

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

GSI, B/Sp., K/W (ff)

Der Antrag wird bis zur Sitzung im Mai 2017 zurückgestellt.

zu Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017

3.2 Vorlage: 16/SVV/0801

In Bezug auf den Ablauf schlägt Frau Dr. Schröter vor, zunächst Frau Dr. Scholz, anzuhören. Anschließend können die Fraktionen ihre Anträge einbringen. Bezüglich der eingebrachten Änderungsanträge unterbreitet Frau Dr. Schröter den Vorschlag, die haushaltsbegleitenden Ergänzungsanträge in der Sitzung abzustimmen. Da es Überschneidungen bei den Änderungsanträgen der Fraktionen hinsichtlich der Kulturträger gibt beantragt Frau Dr. Schröter, die jeweils höchsten Fördersummen der Anträge zur Abstimmung zu stellen und eine Empfehlung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft an den Finanzausschuss und die Stadtverordnetenversammlung zu geben. Dagegen erhebt sich seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch. Es wird so verfahren.

Frau Dr. Barbara Scholz, Vorstandsvorsitzende des Sinfonieorchester Collegium musicum e.V., erhält das Wort. Sie bedankt sich für die im Jahr 2016 erhaltene Orchesterförderung, auf Grund derer viele neue Projekte umgesetzt werden konnten. Sie geht auf die ehrenamtliche Arbeit und Projekte ein. Da jedes Jahr erneut Anträge auf Förderungen gestellt werden müssen, bekomme man erst Mitte des jeweiligen Jahres einen Bescheid. Eine vorherige Planung sei kaum möglich. In Bezug auf die Veranstaltung „Klassik am Weberplatz“ wurde eine Projektförderung beantragt. Sollte diese nicht genehmigt werden, sei die Veranstaltung in 2017 nicht durchführbar. Eine zukünftige institutionelle Förderung wäre wünschenswert.

Frau Hünecke bringt die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grüne und Frau Dr. Schröter die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE ein.

Anschließend trägt Herr Kolesnyk die Änderungs-/Ergänzungsanträge der SPD/CDU vor. Er macht darauf aufmerksam, dass sich der Änderungsantrag zur Förderung der freien Träger auf die Personalvergütung bezieht und nicht wie im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Projekte.

Auf Nachfrage von Frau Laabs, warum bei dem Änderungsantrag zur Förderung der freien Träger als Deckungsgrundlage unter anderem die vorgesehene Pacht für das freiLand herangezogen wird, erwidert Herr Kolesnyk, dass die dafür erforderlichen Gelder durch Sponsoringmaßnahmen seitens der Stadtwerke zur Verfügung gestellt werden. Dies habe Herr Exner in einem Gespräch erklärt.

Herr Mensch bringt die Änderungsanträge der Fraktion CDU/SPD ein und erläutert die jeweiligen Mehrbedarfe.

Frau Dr. Schröter stellt folgenden Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD, CDI ANW zur Abstimmung:

Die Landeshauptstadt Potsdam strebt bei der Förderung/Vertragsgestaltung in den Bereichen Kultur und Soziales mindestens zweijährige Laufzeiten an, die bei Erreichen von zuvor zu vereinbarenden Zielvorgaben nach Ablauf des ersten Jahres um jeweils ein weiteres Jahr verlängert werden soll. Dafür soll im Jahr 2017 geprüft werden, ob und für welche Träger das erfolgen kann. Das Ergebnis soll im Doppelhaushalt 2018/2019 umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**

Frau Dr. Schröter stellt folgenden Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD, CDU ANW zur Abstimmung:

Die Landeshauptstadt Potsdam nimmt Gespräche mit der Stadt Magdeburg und dem Land Sachsen-Anhalt über die Finanzierung des Theaters Poetenpack auf. Ziel sollte es sein, dass die öffentlichen Zuschüsse sich beidseitig erhöhen und nicht einseitig die Landeshauptstadt Potsdam von Jahr zu Jahr mehr Mittel bereitstellt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**

Frau Dr. Schröter stellt die beantragten Förderungen für die freien Träger im Einzelnen zur Abstimmung:

Erhöhte Förderung/ Finanzbedarf für	Beantragte Förderung in Höhe von (in Euro)	Abstimmungsergebnis
Fabrik e.V.	50.000,00	Einstimmig angenommen
T-Werk e.V.	50.000,00	Einstimmig angenommen
Waschhaus GmbH	35.000,00	Einstimmig angenommen
Theater Poetenpack e.V.	15.000,00	Einstimmig angenommen
Fête de la Musique	10.000,00	Einstimmig angenommen
Musik an der Erlöserkirche	5.000,00	Einstimmig angenommen
Offener Kunstverein e.V.	10.000,00	Einstimmig angenommen

Kunstverein KunstHaus Potsdam e.V.	5.000,00	Einstimmig angenommen
Brandenburgischer Kunstverein e.V.	9.700,00	Einstimmig angenommen
Bandprobenraum (investiv)	8.000,00	Mehrheitlich angenommen
Sinfonieorchester Collegium musicum e.V.	15.000,00	Einstimmig angenommen
Theaterschiff e.V.	10.000,00	Einstimmig angenommen
Kunstschule e.V.	20.000,00	Einstimmig angenommen
Festival Unidram	25.000,00	Zustimmung: 5 Enthaltung: 2
Tanztage Potsdam	25.000,00	Zustimmung: 5 Enthaltung: 2
Transparente Weltkugel (investiv)	46.500,00	Einstimmig angenommen
Gesamt	339.200,00	

Frau Dr. Schröter stellt die gesamte Vorlage 16/SVV/0801 „Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017“ mit den votierten Änderungen des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2017 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen wird beschlossen. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

+ Ergänzung

Die Landeshauptstadt Potsdam strebt bei der Förderung/Vertragsgestaltung in den Bereichen Kultur und Soziales mindestens zweijährige Laufzeiten an, die bei Erreichen von zuvor zu vereinbarenden Zielvorgaben nach Ablauf des ersten Jahres um jeweils ein weiteres Jahr verlängert werden soll. Dafür soll im Jahr 2017 geprüft werden, ob und für welche Träger das erfolgen kann. Das Ergebnis soll im Doppelhaushalt 2018/2019 umgesetzt werden.

Die Landeshauptstadt Potsdam nimmt Gespräche mit der Stadt Magdeburg und dem Land Sachsen-Anhalt über die Finanzierung des Theaters Poetenpack auf. Ziel sollte es sein, dass die öffentlichen Zuschüsse sich beidseitig erhöhen und nicht einseitig die Landeshauptstadt Potsdam von Jahr zu Jahr mehr Mittel bereitstellt.

Erhöhte Förderung/ Finanzbedarf für	Förderung in Höhe von (in Euro)
Fabrik e.V.	50.000,00
T-Werk e.V.	50.000,00
Waschhaus GmbH	35.000,00
Theater Poetenpack e.V.	15.000,00
Fête de la Musique	10.000,00
Musik an der Erlöserkirche	5.000,00
Offener Kunstverein e.V.	10.000,00
Kunstverein KunstHaus Potsdam e.V.	5.000,00
Brandenburgischer Kunstverein e.V.	9.700,00
Bandprobenraum (investiv)	8.000,00
Sinfonieorchester Collegium musicum e.V.	15.000,00
Theaterschiff e.V.	10.000,00
Kunstschule e.V.	20.000,00
Festival Unidram	25.000,00
Tanztage Potsdam	25.000,00
Transparente Weltkugel (investiv)	46.500,00
Gesamt	339.200,00

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

zu 3.3 Aufnahme von Inka Unverzagt in den Pool für Straßennamen
Vorlage: 17/SVV/0011

Herr Dr. Arlt nimmt Bezug auf den Antrag und berichtet über Inka Unverzagt. Es handelt sich hierbei um eine ehemalige Potsdamerin. Aus seiner Sicht gebe es keine Bedenken zur Aufnahme von Inka Unverzagt in den Straßennamenpool.

Frau Dr. Klockow weist drauf hin, dass Inka Unverzagt im Jahr 2016 verstorben ist. Für die Benennung einer Straße mit ihrem Namen müsse noch eine gewisse Wartezeit berücksichtigt werden.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen.

Inka Unverzagt wird in den Pool für Straßennamen aufgenommen.
Ihr zu Ehren ist zu gegebener Zeit eine Straße, vorzugsweise im Westen Potsdams, zu benennen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

zu 3.4 Aufnahme von Hannah Arendt in den Pool für Straßennamen
Vorlage: 17/SVV/0012

Herr Dr. Arlt nimmt Bezug auf den Antrag und berichtet über Hannah Arendt. Nach Hannah Arendt seien in Deutschland bereits mehrere Straßen benannt. Auch wenn der Bezug zu Potsdam recht gering sei, spräche aus seiner Sicht nichts dagegen den Namen in den Straßennamenpool mitaufzunehmen.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Hannah Arendt wird in den Pool für Straßennamen in Potsdam aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**

zu 3.5 Straßennamenpool der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0013

Herr Dr. Arlt nimmt Bezug auf den für den Straßennamenpool vorgeschlagenen Namen Clara Hoffbauer. In Potsdam gebe es bereits die „Hoffbauerstraße“, die nach dem Ehepaar Hermann und Clara Hoffbauer benannt wurde. Nichts desto trotz spräche nichts dagegen, den Namen in den Pool aufzunehmen.

Emilie Winkelmann war eine Architektin. Eines ihrer Bauten findet man in der Otto-Suhr-Allee in Berlin. Ein konkreter Bezug zu Potsdam besteht nicht. Dennoch sei die Aufnahme in den Straßennamenpool aus seiner Sicht unproblematisch.

In Bezug auf die Aufnahme von Marie Curie sieht Herr Dr. Arlt insoweit keine Bedenken. Allerdings weist er darauf hin, dass in Potsdam bereits eine Straße nach Joliot Curie benannt wurde. Somit würde es zu einer Doppelung des Nachnamens kommen.

Sofia Kowalewskaja war eine russische Mathematikerin des 19. Jahrhunderts. Es bestehe kein Bezug zu Potsdam. Aber auch hier spräche nichts dagegen, den Namen in den Straßennamenpool mitaufzunehmen.

Herr Reich macht darauf aufmerksam, dass bis dato die Aufnahme von Sportlerinnen in den Straßennamenpool fehle.

Herr Wendland regt an, zukünftig bei der Benennung von neuen Straßen nach Persönlichkeiten, auch deren Funktion, Tätigkeit und Lebenszeit im Rahmen eines Zusatzschildes anzubringen.

Auf die Nachfrage hin, warum der Namen Sofia Kowalewskaja in den

Straßennamenpool mit aufgenommen werden soll, erwidert Frau Hüneke, dass Potsdam auch eine Wissenschaftsstadt sei und Sofia Kowalewskaja als erste Mathematikprofessorin diesem Genre gerecht werde.

Frau Dr. Schröter stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, folgende Frauennamen in den Straßennamenpool aufzunehmen:

1. Clara Hoffbauer
2. Hilla-Becher
3. Emilie Winkelmann
4. Marie Curie
5. Sofia Kowalewskaja

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**

zu 3.6 Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0014

Der Antrag wird bis zur Sitzung im März 2017 zurückgestellt.

zu 3.7 Regelmäßiges Monitoring der Kreativwirtschaft
Vorlage: 17/SVV/0056
Fraktion CDU/ANW
HA

Herr Mensch bringt den Antrag ein und führt aus, dass es gewünscht sei eine Übersicht zu bekommen und somit Transparenz zu schaffen im Hinblick auf die Entwicklung der Kultur und Kreativwirtschaft.

Herr Frerichs (Bereichsleiter Wirtschaftsförderung) bringt zum Ausdruck, dass bereits auf Landes- und Bundesebene solche Daten erhoben und zur Verfügung gestellt werden. Vom Land Brandenburg wurde bereits ein Kultur- und Kreativwirtschaftsindex vorgelegt. Dabei sei Potsdam im Fokus. Erkenntnisse lägen daher schon vor. Auf kommunaler Ebene lägen bis dato keine Daten vor. Eine Datenerhebung würde einen enormen Mehraufwand bedeuten, der seitens der Wirtschaftsförderung nicht getragen werden kann. Zudem stünden im Haushalt keine finanziellen Mittel zur Verfügung. Darüber hinaus wird bezweifelt, dass die seitens der Kommune erlangten Kenntnisse über die des Bundes und des Landes hinausgehen. Die bereits bestehenden Daten könnten zusammengetragen werden.

Auf die Nachfrage von Herrn Mensch, ob die Daten des Bundes und des Landes eingesehen werden können, bietet Herr Frerichs an, diese dem Protokoll beifügen zu lassen.

Frau Hüneke schlägt hingegen vor, die Daten des Bundes und des Landes

zusammentragen und im Ausschuss vorstellen zu lassen und den Antrag bis dahin zu verschieben. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Frau Dr. Schröter stellt die Verschiebung des Antrags bis zur Ausschusssitzung im Juni 2017 zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**

zu 3.8 Spielplatz Schiffbauergasse
Vorlage: 17/SVV/0088

Frau Straßberger (Bereich Stadterneuerung) bringt die Mitteilungsvorlage ein, die auf einen vorangegangenen Prüfauftrag basiert. Dabei informiert sie kurz über die bisherigen Planungsprozesse und Abstimmungen. Im letzten Jahr wurde eine Machbarkeitsstudie zur Standortwahl mit Befragungen von Anliegern erstellt und Fragebögen ausgereicht (davon ergaben sich ca. 50 Beteiligungen). In diesem Jahr soll der Planungsprozess für den Spielplatz vorangetrieben werden. Geplant ist daher am 10.03.2017 ein Ideenwettbewerb mit Kindern unter Leitung des Kinder- und Jugendbüros mit dem Sanierungsträger Potsdam und Bereichen der Stadtverwaltung. Die damit gewonnenen Erkenntnisse und Wünsche sollen in die Planung und Realisierung der Spielfläche einfließen. Der Kulturbereich ist auch zur Benennung eines Nutzervertreeters und der künstlerischen Beteiligung zur Begleitung des Planungsprozesses angefragt worden. Ziel sei es, die Planung vor der Sommerpause 2017 zu beenden und den Spielplatzneubau bis Ende 2017 abzuschließen.

Frau Dr. Schröter lobt die umfangreiche Beteiligung zur Umsetzung der Maßnahme.

Auf Nachfrage von Herrn Schultheiß wie hoch die Kosten seien und wer die Maßnahme bezahlt, bezieht sich Frau Straßberger auf den noch nicht abgeschlossenen Abstimmungs- und Planungsprozess. Die Kosten würden durch das Land im Rahmen der Städtebauförderung und aus Haushaltsmitteln finanziert. Der Sanierungsträger verwaltet und verausgabt diese Mittel als beauftragter Treuhänder der Stadt Potsdam.

Herr Prof. Voegen merkt an, dass aus seiner Sicht der Standort nicht optimal sei. Daraufhin entgegnet Frau Straßberger, dass die möglichen Flächen im Sanierungsgebiet beleuchtet wurden und auf Grund verschiedenster Aspekte der gewählte Standort als am Geeignetsten befunden wurde.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 4.1 **Projektförderung 2017**

Frau Dr. Seemann leitet in die Thematik ein. Dabei informiert sie die Ausschussmitglieder darüber, dass Anfang Juni 2016 die Ausschreibung zur Vergabe der Fördermittel in der regionalen Presse und auf der Homepage der Stadt veröffentlicht wurde. Der Abgabeschluss der Förderanträge war der 01.11.2016. Für das Jahr 2017 wurde erstmalig ein Budget für kulturelle Bildung im Haushaltsentwurf in Höhe von 60.000,00 € eingestellt. Für dieses Genre wurden viele Anträge gestellt, die auch seitens der Jury als förderfähig eingeschätzt wurden. Etwa 23.000,00 € wurden zur Förderung von Projekten in 2017 aus dem Budget für kulturelle Bildung herangezogen. Frau Dr. Seemann bedankt sich bei den ehrenamtlich tätigen Jurymitgliedern für ihre Arbeit und Engagement. Nach Kenntnisnahme des Ausschusses werden im nächsten Schritt die Antragsteller über die Entscheidung informiert und die Übersicht veröffentlicht. Im Weiteren macht Frau Dr. Seemann darauf aufmerksam, dass für die nächste Periode eine neue Jury berufen werden muss. Vorschläge für Jurymitglieder nimmt der Fachbereich Kultur und Museum entgegen.

Herr Wicke stellt den Ausschussmitgliedern die Empfehlung der Jury vor, dabei geht er auf die unterschiedlichen Genres und einzelne Anträge ein. Für 2017 wurden 74 Anträge mit einem Gesamtvolumen von 595.804,20€ eingereicht. Insgesamt wurden 38 Projekte für eine Förderung vorgeschlagen. Das Budget für die kulturell Projektförderung beträgt 187.200,00 €. Für das Genre kulturelle Bildung wurden zusätzlich etwa 23.000,00 € aus dem neu eingerichteten Budget für kulturelle Bildung vergeben.

Auf die Nachfrage von Herrn Joffe, ob es eine Obergrenze für die Förderung von kulturellen Projekten gebe, erwidert Herr Wicke, dass in der Regel eine maximale Förderung in Höhe von 10.000,00 € vorgesehen sei. Jedoch gebe es auch Ausnahmen. Des Weiteren bringt Herr Wicke zum Ausdruck, dass die Zuwendung in der Regel zur Teilfinanzierung des Projektes bewilligt wird.

Herr Joffe erkundigt sich, ob Projektantragstellern die keine Förderung erhalten, Unterstützung für die nächste Förderperiode angeboten wird. Frau Dr. Seemann informiert darüber, dass dies im Rahmen einer Beratung für kulturelle Projektförderung im Fachbereich Kultur und Museum gewährleistet wird.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft nimmt die Empfehlung der Jury zustimmend zur Kenntnis.

zu 4.2 **Kulturpolitische Konzepte**

Frau Dr. Seemann stellt das überarbeitete Papier zur „Fortschreibung der Kulturpolitischen Konzepte der Landeshauptstadt Potsdam“ vor. Dabei geht sie auf Schwerpunkte und Maßnahmen ein. Das Papier würde eine Grundlage bis zum Jahr 2020 darstellen.

Frau Hüneke begrüßt das ausgearbeitete Papier. Sie hinterfragt die Bedeutung einer im Papier vorgenommenen Priorität B.

Frau Dr. Seemann legt dar, dass es sich dabei eher um begleitende Aufgaben handle. Die Maßnahmen in der Priorität A stehen für die Kernkompetenzen.

Herr Reich spricht sich für die Anwendung von Zielvereinbarungen aus. Es müsse überprüft werden, ob die Förderziele erreicht werden. Eine Evaluation sei aus seiner Sicht nicht erforderlich.

Herr Prof. Voegen erfragt, durch wen das Konzept für die kulturelle Bildung erarbeitet wird und in welchem Zeitrahmen dies erfolgen soll. Zudem hinterfragt er die Zusammensetzung des im Papiers genannten Beirats für „Kreativwirtschaft“.

Des Weiteren macht er darauf aufmerksam, dass im Rahmen der Weiterentwicklung des Konzeptes auch die Theater miteinbezogen werden müssten. Die Theater bekommen mit eine der höchsten Förderung seitens der Stadt und werden in die Diskussionen nicht miteinbezogen.

Frau Dr. Seemann nimmt Bezug auf den Beirat für das Rechenzentrum, in dem unter anderem verschiedenste Vertreter der Stadt und des Wirtschaftsministeriums vertreten sind. Der Beirat könnte weiterentwickelt werden und sich nicht nur auf das Rechenzentrum beziehen. Das Schreiben eines Konzeptes würde der Fachbereich Kultur und Museum extern beauftragen. Für die Realisierung ist Oktober 2017 angesetzt.

Frau Dr. Magdowski macht darauf aufmerksam, dass auf Grund des Intendantensystems der Einfluss durch ein Konzept nur begrenzt sei. Zudem liegt die Entscheidungsbefugnis aufgrund der Rechtsform beim Theater selbst. Das Hans Otto Theater ist eine gGmbH.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft empfiehlt der Verwaltung, die vorgestellte Fortschreibung der Kulturpolitischen Konzepte als Beschlussvorlage in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen.

Der Empfehlung wird einstimmig zugestimmt.

zu 5 **Sonstiges**

Frau Dr. Schröter informiert darüber, dass in der nächsten Sitzung die Wahl eines Stellvertretenden Ausschussvorsitzende erfolgen soll.

Frau Dr. Seemann gibt im Rahmen einer Präsentation einen Rückblick über einzelne kulturelle Projekte und Veranstaltungen im Jahr 2016 und bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für ihre engagierte Mitwirkung, die die Umsetzung der Projekte erst ermöglichte.

Dr. Karin Schröter
Vorsitzende des Ausschusses für
Kultur und Wissenschaft

Bettina Schmidt
Schriftführerin

	<u>Beantragte Summe</u>	<u>Juryempfehlung 2017</u>	<u>Bemerkungen</u>
Festivals			
Kulturtänzer e.V. Fete de la Musique 2016	20.000,00 €	10.000,00 €	
Internationaler Orgelsommer 2017	6.000,00 €	3.500,00 €	2.500 FAG
Bildende Kunst			
Brandenburgischer Kunstverein e.V. Art & Language	8.000,00 €	8.000,00 €	
Kathrin Ollroge Raum für Gedanken	3.840,00 €	3.000,00 €	
Down with Art! E.V. Through a Forest Wilderness	11.000,00 €	9.000,00 €	
Localize e.V. Cast your Shadow	4.000,00 €	3.500,00 €	
Walking Gallery	2.500,00 €	2.500,00 €	
Ronald Sima Emphatie für das Glück-Dokumentation	9.000,00 €	9.000,00 €	
Darstellende Kunst/Tanz			
Künstlerkollektiv FritzAhoi! E.V. Don't cry-Work	5.000,00 €	5.000,00 €	
Neues Globe Theater gbR Indien, eine Schnitzeljagd	12.000,00 €	12.000,00 €	
Theater Nadi Tanz der großen Mutter	10.000,00 €	7.000,00 €	
Kombinat Druck-ein Stimmungsbild	10.000,00 €	5.000,00 €	
Musik			
Oliver Fröhlich, Nicolas Schulze Jazz Lab	6.000,00 €	4.000,00 €	
Max Punstein Jazz Time in Babelsberg	8.048,00 €	5.500,00 €	
Ronald Köhler Soul Circus	8.000,00 €	4.000,00 €	
Kultur- und Heimatverein Wublitztal e.V. Jazz im Park	1.500,00 €	1.500,00 €	
Cultus UG Käpt'n Future	8.800,00 €	5.000,00 €	
Jüdische Musik beleben und erleben e.V. Jüdische Musikreihe für Liebhaber	10.000,00 €	5.000,00 €	
Art. Balance e.V. Barocker Theatersommer	10.000,00 €	10.000,00 €	
Brandenburgischer Verein Neue Musik Intersonanzen	25.000,00 €	10.000,00 €	

Literatur			
Bürgerverein Fahrland e.V. Der Norden liest II	2.700,00 €	2.700,00 €	
Kultur-und Heimatverein Wublitztal e.V. Märchentage in Marquardt	500,00 €	500,00 €	
Friedrich-Boedecker-Kreis e.V. Bücherpicknick Nr. 7	3.260,00 €	3.260,00 €	
Soziokultur			
Cultus UG freiLand Festival	10.000,00 €	6.500,00 €	
Stadtjugendring Potsdam e.V. PDM Concrete Battle	7.760,00 €	7.760,00 €	
Soziale Stadt Potsdam e.V. Rock am Löschteich	5.000,00 €	5.000,00 €	
Katte e.V. Queensday Potsdam	5.000,00 €	4.000,00 €	
Kulturelle Bildung			
Heiner Frauendorf Musiktheaterstück "Neue Bilder..."	5.240,00 €	5.240,00 €	
Christian Perserke Berühmte Erfinderpersönlichkeiten	9.102,00 €	7.500,00 €	
Way Out e.V. Zoomania- Drewitz wird wild	9.439,40 €	4.000,00 €	
Kunstgriff 23 Die Screen-Green-Card	7.500,00 €	4.000,00 €	
Kerstin Lorenz Ausstellung Diktaturgeschichte	31.085,00 €	5.000,00 €	
Kinder-u.Jugendzirkus Montelino Zirkusstück "Allein ist man schneller"	5.000,00 €	5.000,00 €	
Hans Igel Verein Inklusionstheater	10.962,00 €	7.000,00 €	
Film/ Medien			
moving history Festival des historischen Films	15.000,00 €	7.500,00 €	
Kultur-und Heimatverein Wublitztal e.V. Kinosommer im Schlosspark	1.000,00 €	1.000,00 €	
Interkulturelle Projekte			
Verein der Freunde d. Freundschaftsinsel Asiatisches Kulturfest "Korea"	4.200,00 €	4.200,00 €	
genreübergreifende Projekte			
Pecha Kucha Kreativ		7.500,00 €	
Summe		210.160,00 €	
Gesamtbudget Projektförderung		187.200,00 €	
Topf Kulturelle Bildung		- 22.960,00 €	

Ausschuss für Kultur und Wissenschaft
der Stadtverordnetenversammlung

über 24

Straßenbenennung in 14473 Potsdam

hier: Bebauungsplan Nr. 37B „Babelsberger Straße, Teilbereich Friedrich-List-Straße, 2. Änderung

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,

das Wohnungsbauunternehmen Semmelhaack, hier die WBS Zweiundfünfzigste Vermietungs GmbH & Co. KG, bereitet derzeit den Neubau von sieben Mehrfamilienhäusern im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 37B "Babelsberger Straße", Teilbereich Friedrich-List-Straße, 2.Änderung, WA 6, vor. Auf Grund der durch den Kreisverkehr Babelsberger Straße / Friedrich-List-Straße / Humboldttring bedingten abgelegenen Lage des Baugrundstücks sowie der umliegend abgeschlossenen Hausnummerierung ist eine weiterführende Hausnummerierung zu den o.g. Straßen nicht mehr möglich, ohne die Grundsätze an eine ordnungsgemäße und nachvollziehbare Hausnummerierung zu verletzen.

Auf Grund dessen wurde durch die Fachbereiche Fachbereich Kataster und Vermessung (42) und Grün- und Verkehrsflächen (47) festgelegt, dass zur Gewährleistung einer sinnvollen und nachvollziehbaren Hausnummerierung in diesem Bereich die Vergabe eines neuen Straßennamens für die neue entstehende Privatstraße sinnvoll und notwendig ist.

Auf Ansuchen der Verwaltung unterbreitete die WBS Zweiundfünfzigste Vermietungs GmbH & Co. KG für die Benennung dieser Privatstraße zwei Namensvorschläge aus dem Straßennamenpool der Landeshauptstadt Potsdam. Beide Namensvorschläge berücksichtigen zudem den Wunsch der Stadtverordnetenversammlung (15/SVV/0047), künftig mehr Frauennamen bei Straßenbenennungen zu berücksichtigen.

Als mögliche Straßennamen wurden

Eva-Laube-Straße/-Weg

oder alternativ

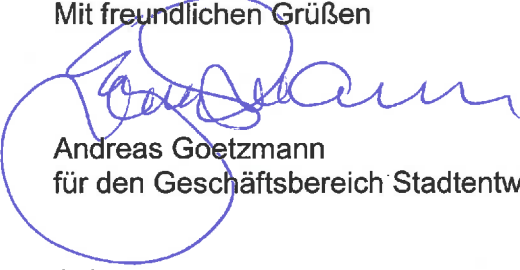
„Petra-Kelly-Straße/-Weg

vorgeschlagen.

Ich bitte Sie, über den eingebrachten Vorschlag/Alternativvorschlag zu beraten und mir das Ergebnis mitzuteilen, damit die Beschlussvorlage für die Stadtverordnetenversammlung vorbereitet werden kann.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Loyal-Wieck von meinem zuständigen Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Goetzmann
für den Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt

Anlagen

- Plan mit Straßenverlauf (1 Blatt, 10-fach)



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0014

öffentlich

Betreff:

Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 06.01.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

25.01.2017

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam wird umbenannt in

- Marie-Curie-Straße
- oder
- Sofja-Kowalewskaja -Straße.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, dazu ein Votum des Akademischen Senats und des Präsidiums der Universität Potsdam einzuholen und den Stadtverordneten bis Ende März 2017 zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.

gez. Peter Schüler
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:



Termin: 05.04.2017

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

In Potsdam gibt es derzeit zwei Straßen, die den Namen Karl-Liebknecht-Straße tragen: einmal in Babelsberg (14482) und einmal in Potsdam-Golm (14476). Das führt insbesondere bei neuen Studierenden aber auch bei Gästen der Wissenschaftseinrichtungen in Golm regelmäßig zu Verwirrungen.

Hauptanrainer der Karl-Liebknecht-Straße in Potsdam-Golm ist die Universität Potsdam. Hier sind insbesondere die Mathematik, Naturwissenschaften und Kognitionswissenschaften untergebracht; hier bestehen enge wissenschaftliche Kooperationen mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen am Standort Golm, die ebenso in naturwissenschaftlichen Forschungsfeldern arbeiten. Eine Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in Marie-Curie-Straße oder Sofia Kowalewskaja-Straße trägt damit der 25-jährigen Entwicklung zu einem national und international hoch beachteten Wissenschaftsstandort Rechnung.

Die Entscheidung darüber, ob die Straße nach der zweifachen Nobelpreisträgerin Marie Curie oder nach der Mathematikerin Sofia Kowalewskaja benannt wird, sollte unter Mitwirkung des Akademischen Senats und des Präsidiums der Universität Potsdam erfolgen.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag**
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

17/SVV/0014

öffentlich

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Betreff: Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam

Erstellungsdatum 14.02.2017

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
16.02.2017	Kulturausschuss	X	
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Die Stadtverordnetenversammlung die Ds 17/SVV/0014 in folgender Neufassung beschließen:

Die Karl-Liebknecht-Straße im Ortsteil Golm wird unbenannt in

Karl-Liebknecht-Chaussee.

Begründung:

Derzeit gibt es in Potsdam zwei Straßen, die den Namen Karl-Liebknecht-Straße tragen. Es erscheint aber nicht schlüssig, die Straße im Ortsteil Golm umzubenennen, da die Benennung aufgrund eines historischen Bezuges erfolgte. Am 31.10.1910 sprach Karl Liebknecht in Golm über den Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht.

Nach der demokratischen Revolution 1848/49 führte König Friedrich Wilhelm IV. für die preußischen Abgeordnetenhauswahlen das Dreiklassenwahlrecht ein. Die Wähler erhielten ein nach ihrer Steuerleistung in drei Abteilungen abgestuftes Stimmengewicht. Das Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus war angelehnt an das in der Rheinprovinz seit 1845 auf kommunaler Ebene geltende Dreiklassenwahlrecht. Bei Kommunalwahlen in Essen führte dieses dazu, dass Alfred Krupp allein ein Drittel der Mitglieder des Stadtrates bestimmte. Das preußische Dreiklassenwahlrecht wurde während seiner Gültigkeit von fortschrittlichen Kräften entschieden kritisiert und mit dem Ende der Monarchie abgeschafft.

Um die Namensgleichheit mit der Straße in Babelsberg aufzuheben und Verwechslungen zu vermeiden, schlagen wir daher eine Benennung vor, die den Namen Karl Liebknecht beibehält, aber dennoch für eine eindeutige Unterscheidung sorgt.

gez. Julia Laabs und Christian Kube
Fraktionsvorsitzende



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag**
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

17/SVV/0014

 öffentlich**Einreicher: David Kolesnyk, SPD-Fraktion****Betreff: Umbenennung der Karl-Liebknecht-Straße in 14476 Potsdam (OT Golm)**

Erstellungsdatum 16.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.03.2017	Ausschuss für Kultur und Wissenschaft	x	
16.02.2017	Stadtverordnetenversammlung		x

Änderungsvorschlag:

Der Oberbürgermeister soll prüfen, inwieweit eine Benennung der Straßen auf dem Universitätsgelände möglich ist. Die Universität müsste in diesem Zusammenhang in jedem Falle selbst die Kosten für Änderungen von Visitenkarten, Briefbögen und ähnlichem tragen. Entsprechende Gespräche mit der Universität sollen geführt werden.

Begründung:

Bei Umbenennung der gesamten Straße sind auch Haushalte betroffen, die selbst überhaupt kein Problem mit der derzeitigen Bezeichnung haben. Um unnötigen Aufwand und Unstimmigkeiten zu vermeiden, scheint es zielführender, wenn bisher unbenannte Straßen auf dem Universitätsgelände mit Namen versehen werden. Dann kann die Universität selbst in Zukunft auf diese Adressen verweisen. Zu klären ist jedoch, dass die Landeshauptstadt Potsdam dadurch keine Kosten durch Neubeschriftungen und ähnliches tragen muss.

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

16/SVV/0609

öffentlich

Betreff:

Depots für die Stadt- und Landesbibliothek und das Potsdam Museum

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 28.09.2016

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
02.11.2016	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept vorzulegen, das mittel- und langfristig die Sicherung einer bedarfs- und fachgerechten Depotausstattung für

- die Stadt- und Landesbibliothek Potsdam im Bildungsforum
- das Potsdam Museum

garantiert.

Der Stadtverordnetenversammlung soll dieses Konzept bis März 2017 vorgestellt werden.

gez.

Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Das Konzept soll das strategische Vorgehen und die finanzielle Untersetzung in einem zeitlichen Rahmen beschreiben, der den seit Jahren festgestellten Bedarf im Depotbereich des Potsdam Museums längerfristig sichert und zugleich für die Bibliothek Möglichkeiten ausweist, wie dem Mangel an Depotflächen einrichtungs- bzw. innenstadtnah begegnet werden kann.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0161

öffentlich

Betreff:

Evaluation im Potsdam Museum

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 13.02.2017

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Teile der Dauerausstellung des Potsdam Museums, die die Zeit von 1933 bis 1945 und von 1945 bis 1990 gewidmet sind, zu evaluieren und auf dieser Grundlage neu zu konzipieren.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Mai 2017 dazu ein Sachstandsbericht zu geben.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Einschätzungen des Museumsverbandes haben auch kritische Aspekte zur Dauerausstellung zu diesen Zeiten aufgeworfen. Überlegungen aus im Potsdam Museum stattgefundenen Konferenzen und neue Forschungsergebnisse können in eine Weiterentwicklung der Gesamtausstellung, insbesondere für die NS-Zeit und die Zeit in der DDR eingebracht werden.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0213

Betreff: öffentlich
Erinnerung an die Opfer der Ereignisse vom 16. März 1920 (Kapp-Lüttwitz-Putsch)

bezüglich
DS Nr.: 15/SVV/0621

Einreicher: FB Kultur und Museum	Erstellungsdatum	27.02.2017
	Eingang 922:	27.02.2017

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
01.03.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Die Prüfung der Form eines möglichen Gedenkens an die Todesopfer und Verletzten infolge der Ereignisse vom 16. März 1920 (Kampfhandlungen und Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch) basiert auf einer wissenschaftlichen Dokumentation der revolutionären Ereignisse in Potsdam von 1918/1920 (Universität Potsdam in Abstimmung mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung).

Der Putschversuch gegen die Weimarer Republik, angeführt durch Wolfgang Kapp und Walther von Lüttwitz, brachte die deutsche Republik an den Rand eines Bürgerkrieges. Der Putschversuch kam über den größten Generalstreik in der deutschen Geschichte zum Erliegen. Landesweit kamen etwa 1.500 Menschen infolge von Kampfhandlungen ums Leben. In Potsdam wurden am 16. März 1920 vier Menschen erschossen; zahlreiche Verletzte waren zu beklagen. Namentlich durch die Dokumentation ermittelt, können zudem drei der vier Todesopfer räumlich verortet werden.

Die Würdigung der Opfer und die Erinnerung an den Kampf gegen diktatorische Regime werden seitens der Landeshauptstadt Potsdam ausdrücklich befürwortet. Eine Ehrung der Opfer ist bislang nicht erfolgt; die Erinnerung an den politischen Umbruch von 1918ff. stellt ein Desiderat für die Potsdamer Stadtgeschichte dar. Dem wissenschaftlichen Gutachten folgend, wird vorgeschlagen, eine Gedenktafel im Umfeld des Alten Marktes einzulassen.

Eine entsprechende Realisierung zum 100. Jahrestag des Kapp-Lüttwitz-Putsches 2020 kann aufgrund der zu diesem Zeitpunkt voraussichtlich bestehenden Baustellensituation im entsprechenden Bereich noch nicht zugesichert werden. Die Würdigung der Opfer vom 16. März 1920 wird ein wissenschaftliches Symposium begleiten, das an zwei große Ausstellungsprojekte des Potsdam Museums unter dem Titel „Clash of Futures“ – Umkämpfte Wege der Moderne, 1914 bis 1945, anknüpfen wird.

Anlage: wissenschaft. Dokumentation: Der Kapp-Lüttwitz Putsch vom 13.-17. März 1920 in Potsdam

Finanzielle Auswirkungen? Ja NeinDas **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als **Pflichtanlage** beizufügen.**Fazit finanzielle Auswirkungen:**

keine

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Der Kapp-Lüttwitz Putsch vom 13.-17.März 1920 in Potsdam

Dokumentation gemäß Auftrag des Fachbereichs Kultur und Museum

Erstellt von Christian Perseke, Universität Potsdam

Inhalt

1. Vorbedingungen des Kapp-Lüttwitz-Putsches – Revolution und Gegenrevolution, S. 2
2. Die Rekonstruktion der Ereignisse in Potsdam, S. 5
3. Zu den Ereignissen des 16. März 1920, S.7
4. Die Würdigung von Kapp-Putsch Toten in anderen Städten und Gemeinden
Mögliche Würdigungen in Potsdam, S. 15
5. Literatur und Quellen, S. 16
6. Anhang, S. 17

1. Vorbedingungen des Kapp-Lüttwitz-Putsches – Revolution und Gegenrevolution

Am Morgen des 13. März 1920 stand der Oberbürgermeister Potsdams, Kurt Vosberg (1863 – 1940) wahrscheinlich wie gewöhnlich auf, um seinen samstäglichen Verrichtungen nachzugehen. Er mag einen Blick in die Potsdamer Tageszeitung, dem Publikationsorgan der örtlichen Behörden, geworfen haben, um in der zweiten Beilage den Bericht zur gestrigen Stadtverordnetenversammlung zu lesen. Dabei könnte er durchaus auf den ersten Seiten auf die Putschgerüchte gestoßen sein, die gerade kursierten¹. Dies könnte ihn durchaus erfreut haben, da er sowohl der sozialdemokratischen Regierung in Berlin als auch den Abgeordneten selbiger Parteien im Stadtparlament von Potsdam misstraute. Das Vertrauensverhältnis der anderen Seite ihm und seinen Parteigängern gegenüber verhielt sich zumindest ähnlich. Denn wie sollte man von sozialdemokratischer Perspektive aus dem brandenburgischen Vorsitzenden der im November 1918 aufgelösten Deutschen Vaterlandspartei, einer rechtsradikalen, antisemitischen und völkischen Partei, dessen zweiter Vorsitzender im Reich im Übrigen ein gewisser Wolfgang Kapp (1858–1922) war, ohne Misstrauen gegenüberzutreten².

Kurt Vosberg war seit 1906, Oberbürgermeister Potsdams und hatte so manche Krise überstanden. Warum ihm in dieser Schrift besondere Aufmerksamkeit zukommt, ist die Tatsache, dass sich in seinen Personalakten wichtige, bisher unausgewertete Zeugnisse zu den Ereignissen in Potsdam während des Kapp- Putsches erhalten haben.

Während der Revolution im November 1918 war er krankheitsbedingt nicht im Amt, trat allerdings einige Tage später wieder an, um den Arbeiter- und Soldatenrat unter dem Potsdamer USPD Vorsitzenden Wilhelm Staab auf den Minimalkonsens „Ruhe und Ordnung“ einzuschwören.

Der Oberbürgermeister hatte mit dem Vorwurf zu kämpfen, dass er während des Krieges für seinen Privathaushalt Butter aus den städtischen Reserven abgezweigt haben soll. Dies konnte ihm jedoch nicht direkt nachgewiesen werden, so dass ein Disziplinarverfahren ausblieb. Die Mangelsituation in Folge des Krieges bestimmte auch das Jahr 1920. Auch in diesem Jahr wurden die Vorräte schnell knapp. Die Kohle war vor dem Ende des Winters bereits aufgebraucht und die Preise stiegen. So mussten die Stadtverordneten einer Erhöhung der Hufbeschlagkosten der 36 Pferde des städtischen Fuhrparks zustimmen. Und sechs moderne Lichtbildapparate waren für die Gemeindeschulen anzuschaffen – trotz knapper Kassen³.

Als Nichtadliger hatte Kurt Vosberg mit dem Amt des Oberbürgermeisters im Kaiserreich die im Grunde höchste zivile Position erreicht. Vor allem die Nähe zum kaiserlichen Hof machte Potsdam für

¹ Das Deckblatt der Ausgabe fehlt, aber in vielen Berliner und auch überregionalen Zeitungen sind die Putschgerüchte in der Ausgabe vom 13.3.1920 der Aufmacher auf der ersten Seite z.B. Vossische Zeitung, Deutsche allgemeine Zeitung, Berliner Tageblatt.

² Stadtarchiv: Chronik der Stadt 1917, in: Chronik der Stadt 1891-1919, Sign: Chr/10-13, Film 472.

³ Potsdamer Tageszeitung, zweite Beilage, 13.03.1920, in: Stadtarchiv Potsdam, 1-0/76, S.53,53RS.

ihn daher überaus attraktiv, so dass er einige lukrative Angebote abgesagt hatte, etwa eine Bürgermeisterposition von Altona oder den Vorsitz des Hansabundes⁴.

Als Oberbürgermeister Potsdams stellte Kurt Vosberg eine sehr ambivalente Person dar. Während des Kapp-Lüttwitz-Putsches war seine Rolle in der Residenzstadt stark umstritten, woraufhin die Mitglieder der Sozialdemokratie im Stadtparlament ein Disziplinarverfahren gegen ihn anstrebten.

Aber zurück zur Revolution, von der die Stadt Potsdam 1918 eiskalt erwischt wurde. Nur wenige wünschten sich hier ein Ende der Monarchie, die mit ihren weiten wirtschaftlichen Verflechtungen die ökonomische Basis der Stadt stellte. Aus diesem Grund hatte man in der Stadtverordnetenversammlung vom 8. November 1918 noch eine Demonstration für die Fortsetzung der Monarchie beschlossen, die dann am 9. November 1918 obsolet wurde⁵.

1918 sagte der SPD-Theoretiker Eduard Bernstein noch: „In der ganzen hier behandelten Zeit [die Zeit der Revolution, C.P.] hat es keine der bürgerlichen Parteien gewagt, offen und rückhaltlos die Fahne des gestürzten Kaisertums zu erheben, keine hielt es für ratsam, sich der Republik feindselig gegenüber zu stellen“⁶. Im Jahr 1920 jedoch hatten zwar die meisten Menschen begriffen, dass die Monarchie endgültig der Vergangenheit angehörte, die innenpolitische Situation in Deutschland war aber von Zerrissenheit geprägt. Der radikale Teil der Rechten sah das Heil in einer starken Führerpersönlichkeit, in Anlehnung an den Kaiser. Man hatte dafür etwa an Erich Ludendorff (1865–1937) gedacht, neben Paul von Hindenburg (1847–1934) Chef der Obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg. Ludendorff gehörte auch zu jener Gruppe von Verschwörern, die den später als Kapp-Putsch bezeichneten Umsturz im März 1920 mitplanten und unterstützen. Weitere Mitglieder waren beispielsweise Hauptmann Waldemar Pabst (1880–1970), der die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu verantworten hatte und Freiherr Walther von Lüttwitz (1859–1942), General des Reichswehrkommandos I in Berlin und „Schutzherr“ der Freikorps, die bei verschiedenen Gelegenheiten gegen Spartakistenaufstände oder den direkten Kampf gegen die Bolschewiki im Baltikum eingesetzt wurden. Unter diesen sogenannten Baltikumern war auch die Marinebrigade Ehrhardt, benannt nach ihrem Anführer, Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt (1881–1972), die nach ihrer Rückkehr zunächst in Oderberg einquartiert war, um dann nach Döberitz, nördlich von Potsdam verlegt zu werden. Sie war die zentrale Einheit des nachfolgenden Putsches.

Lüttwitz kam am 10. März 1920 mit einem Forderungskatalog zu Reichswehrminister Gustav Noske (1868–1946), mit dem unter anderem die im Versailler Vertrag verlangte Verkleinerung der Reichswehr und damit die geplante Auflösung der Freikorps verhindert werden sollte. Es ging auch um Neuwahlen der Nationalversammlung und seine – Lüttwitz – Ernennung zum Oberbefehlshaber

⁴ Stadtarchiv Potsdam, Magistrat der Stadt Potsdam, Personalabt. D 3, S.24.

⁵ Potsdamer Zeitung, 9.11.1918.

⁶ Bernstein, E., Die deutsche Revolution, Berlin, 1921, S.188.

der Reichswehr. Alle Forderungen wurden von Friedrich Ebert (1871-1925) und Gustav Noske abgelehnt. Diese Ablehnung und die darauffolgenden Haftbefehle gegen die Hauptverschwörer zwangen Lüttwitz zum militärischen Losschlagen. Allerdings standen sowohl die Marinebrigade als auch Wolfgang Kapp nicht sofort zur Verfügung. Erst in der Nacht zum 13. März 1920 begann dann die Brigade Ehrhardt ihren Marsch auf Berlin.

Leitende Militärs aus dem Kreis der Berliner Regierung hatten den Widerstand gegen die kampferprobten Truppen der Putschisten als aussichtslos dargestellt und daher wurden nach intensiven Beratungen in den sehr frühen Morgenstunden die Wachverbände aus dem Regierungsviertel abgezogen und die Reichsregierung unter Friedrich Ebert begab sich über Dresden nach Stuttgart, wo regierungstreue Truppen stationiert waren. Der Widerstand sollte von dort aus organisiert werden. Es gab einen Aufruf zum Generalstreik, obwohl man sich darüber im Klaren war, dass die radikale Linke den Anlass für eine weitere Auseinandersetzung nutzen würde. Aber die Gefahr von rechts war offenbar noch bedrohlicher. Später distanzierte sich die Regierung Ebert/Bauer⁷ von diesem Streikaufruf.

Bei Tagesanbruch dann besetzte die Marinebrigade das Berliner Regierungsviertel und der ehemalige Königsberger Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, ehemaliger zweiter Vorsitzender der Deutschen Vaterlandspartei, wurde zum Reichskanzler ausgerufen.

Der Putsch spaltete das Land, da sowohl die Zahl der Unterstützer als auch derer, die ihn duldeten, hoch war. Die Arbeiterschaft allerdings folgte der alten Regierung, den Gewerkschaften und dem linken Spektrum, der KPD, in den größten Generalstreik der Geschichte Deutschlands. Am Sonntag, dem 14. März 1920, begann der Streik alle Bereiche der Wirtschaft zu erfassen. In Berlin kam das öffentliche Leben weitestgehend zum Erliegen, nicht einmal mehr Wasser und Strom funktionierten störungsfrei. Viele Institutionen und Ämter verhielten sich abwartend, um die richtigen Entscheidungen treffen zu können. Nachdem sogar Staatsbeamte in den Streik getreten waren, brach der Putsch vollends zusammen und Kapp floh am 17. März 1920 nach Schweden. Auch Lüttwitz verließ nach Verhandlungen mit der Regierung am gleichen Tag noch die Reichskanzlei.

Dem Ende des rechten Putsches folgte eine revolutionäre Welle, die versuchte, die Forderungen nach Sozialisierung und Umbau in eine sozialistische Republik von 1918 und 1919 zu erneuern. Dies führte zu reichsweiten Aufständen und z.B. der Bildung einer „Roten Ruharmee“, die unter Fortsetzung des Streikes den als zu bürgerlich empfundenen Kurs der Regierung unter Reichspräsident Ebert und Reichkanzler Bauer mit Gewalt zu korrigieren suchte. Diese Auseinandersetzungen dauerten teilweise noch mehrere Wochen an. Die Truppen, die gegen die Aufständischen geführt wurden, waren unter anderem auch jene, die vorher den Kapp-Putsch unterstützt hatten. Im gesamten Deutschen Reich starben etwa 1 500 Menschen im Zuge der

⁷ Regierungspräsident war Friedrich Ebert, Reichskanzler Gustav Bauer(1870-1944).

Kampfhandlungen und Anordnungen der Regierung Kapp. Ein Beispiel für eine Anordnung ist im Anhang unter der Nummer 1. beigegeben.

2. Die Rekonstruktion der Ereignisse in Potsdam

Da es sich um die Jurisdiktion des Regierungspräsidenten des Regierungsbezirkes Potsdam handelte, geschah die Rekonstruktion der Ereignisse vornehmlich aus Akten des Landeshauptarchivs Brandenburg. Einige weitere relevante Dokumente konnten im Stadtarchiv Potsdam ausfindig gemacht werden. Die Unterlagen der militärischen Administration sind durch die Zerstörung des Reichshauptarchives auf dem Brauhausberg im Zweiten Weltkrieg verloren gegangen. Auch Ausgaben der Potsdamer Zeitungen für den betreffenden Zeitraum sind offiziell nicht erhalten. Der Zeitungsbestand ist bereits für das Jahr 1919 lückenhaft, für das Jahr 1920 fehlen beinahe alle Ausgaben. Im Inventar zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den staatlichen Archiven der Bundesrepublik Deutschland⁸ waren keine in der Literatur bisher unzitierten Zeitungen oder Akten zu den Verhältnissen in Potsdam zur Zeit des Kapp-Putsches ausfindig zu machen. Um also die Ereignisse zu rekonstruieren, wurden zunächst alle vorhandenen Akten und alle Literatur zum Thema geprüft.

Die bisher zum Thema erschienenen Schriften beschränken sich auf zwei Autoren⁹, die allerdings durch ihre Nähe zur Parteilinie der SED in der ehemaligen DDR nicht unbeschränkt zitierfähig sind. So werden Wertungen der Ereignisse als Fakten ausgegeben, ein gegenseitiges Zitieren erfolgt, auch ohne die Originalquellen anzugeben. Dabei wird der Fokus auf den Kampf der Arbeiterschaft gegen die Unterdrücker, die oft phrasenartig „Kräfte“ des wahlweise Junkertums, der Bourgeoise, des Militarismus usw. sind, gerichtet. Die aufgestellte Bewertung der sozial-ökonomischen Struktur Potsdams als Arbeiterstadt ist dabei, auch unter Berücksichtigung der zu dieser Zeit noch eigenständigen Gemeinde Nowawes, unvollständig. Denn neben der durchaus vorhandenen Arbeiterschaft wurde die ehemalige Residenz- und Garnisonstadt Potsdam vor allem durch das Bürgertum und eine große Beamtschaft geprägt, die in den vielen Verwaltungen vor Ort arbeitete. Zahlreiche Staatspensionäre aus der Kaiserzeit und weitere nicht der Arbeiterschaft zuzurechnende Bevölkerungsanteile, wie etwa die vielen Militärangehörigen, hatten in Potsdam ihren Wohnsitz. Die

⁸ Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Band 4, Überlieferung aus der preußischen Provinz Brandenburg, München, 1999.

⁹ Müller, Harald: Geschichte der Stadt Potsdam 1918-33, Potsdam 1970 und Finker, Kurt, Märker gegen Militaristen, Schkeuditz 2000, wobei es sich bei letzterem um eine Wiederveröffentlichung handelt, die sich aber sowohl sprachlich als auch ideologisch mit Müllers Schrift messen kann. Die Autoren zitieren sich gegenseitig, wobei Müller auf eine frühere Ausgabe von Finker verweist. Insbesondere die alten Signaturen der Akten in der neu herausgegebenen Schrift deuten auf eine schwach überarbeitete Neuauflage des alten Schriftstückes hin.

Bevölkerungsstruktur 1920 ist mit der vor dem ersten Weltkrieg vergleichbar, abgesehen von der Größe der Garnison und den Angehörigen des Hofes¹⁰.

Bei der Prüfung der Akten stellte sich heraus, dass die Autoren wichtige Materialien, ob absichtlich oder unabsichtlich, nicht mit einbezogen hatten, und es fanden sich sogar verloren geglaubte Ausgaben von Potsdamer Zeitungen wenigstens teilweise wieder an. Unter diesen auch eine Zeitung, die bisher gänzlich unbekannt war¹¹. In den zum Großteil handschriftlichen Personalakten von z.B. Kurt Vosberg tauchten Drucke auf, die noch nie in Publikationen Erwähnung fanden, z.B. die öffentliche Bekanntmachung auf Seite 8 in dieser Dokumentation. Eine Anklageschrift der Abgeordneten der USPD im Stadtparlament zur Eröffnung eines Disziplinarverfahrens gegen Kurt Vosberg wurde in der DDR-Literatur offenbar als Urteil angesehen, während das tatsächliche Urteil des Regierungspräsidenten in der gleichen Akte nicht beachtet wurde. Dies wurde in dieser Schrift korrigiert. Weiterhin wurden erstmalig die Opfer über die Sterberegister des Stadtarchivs ausfindig gemacht. Hier fehlte allerdings noch die Todesursache, die dann durch Akten der Friedhofsverwaltung ergänzt werden konnte, ebenso wie der Ort der Bestattung. Der Sterbeort der Einzelpersonen, vermerkt im Sterberegister des Standesamtes, ließ zumindest vorsichtige Schlüsse auf die Ereignisse des Abends vom 16. März 1920 zu. Ein Zufallsfund ist auch die Todesanzeige einer der betreffenden Personen, die im Anhang beigegeben ist. Manches Detail der Ereignisse konnte näher beleuchtet werden, so wurde in einer weiteren zufällig gefundenen Ausgabe der Potsdamer Zeitung im Stadtarchiv die Ankündigung der Veranstaltung am Luisenplatz entdeckt, von der der Protestzug ausging, womit die von der DDR-Literatur behauptete Ausrichtung der Veranstaltung nicht bestätigt werden konnte. Die Putschisten hätten die Veranstaltung einberufen, um die Bevölkerung für sich zu gewinnen¹², oder der Aktionsausschuss Potsdam hätte die Veranstaltung einberufen¹³, um die Bevölkerung aufzuklären, wurde behauptet. Aber in der Anzeige zeichnet sich die Deutsche Volkspartei (DVP), eine bürgerliche Partei, für die Veranstaltung verantwortlich, denn sie bewarb am 13. März 1920 in der Potsdamer Tageszeitung ihre Veranstaltung zum Thema „Berufs-Beamtentum und Republik“, die offensichtlich, weil sie eine während des Putsches zunächst genehmigte Veranstaltung war, auch Plattform jedweder Agitation für oder gegen den Putsch wurde¹⁴.

¹⁰ Pehle, M., Potsdam, ein Heimatbuch, Potsdam, 1938, S. 153 beziffert die Militärangehörigen 1914 auf ca. 8500, die Stadtchronik (Stadtarchiv: Chronik der Stadt 1918, in: Chronik der Stadt 1891-1919, Chr/10-13, Film 472.) gibt für das Jahr 1919 mit 4653.

¹¹ Die Potsdamer Abendzeitung ist bisher noch nirgends zitiert und scheint eher links orientiert, was durch Vergleiche der abgedruckten Sitzungsberichte vom 31.3.1920 augenscheinlich wird.

¹² Müller, S.19.

¹³ Finker, S.45f.

¹⁴ Die Anzeige ist im Anhang 2. beigelegt.

Manche Akte erwies sich als wenig ergiebig. So besteht die dicke Personalakte des Polizeipräsidenten von Potsdam Henry von Zitzewitz¹⁵ zum größten Teil aus Urlaubsanträgen, während die schon erwähnte Personalakten von Kurt Vosberg viele wichtige Zeugnisse zu verschiedenen Ereignissen enthalten. Die sorgfältige Prüfung fördert auch Ambivalenzen und unerklärliche Abweichungen zutage. So wird etwa in der Todesanzeige durch die Familie Helene Bürger, eines der Opfer des 16. März 1920, als 20jährig bezeichnet, in den Aufzeichnungen der Friedhofsverwaltung und des Standesamtes hingegen ist sie erst 19 Jahre alt als sie angeschossen wurde und hätte noch mehrere Monate bis zu ihrem 20sten Geburtstag gehabt. Unklar bleibt auch der Auftritt des Mitglieds der Kommunistischen Partei Hermann Elflein (1892–1943). Kurt Finker bezog seine Informationen laut seiner Quellenangabe hierzu aus einem Artikel der Märkischen Volksstimme von 1954, der selbst ohne weitere Quellenangaben auskommt¹⁶, aber auch für weitere Zeitungsartikel zum Thema Quelle ist. Auch die Wort-für-Wort Wiedergabe von Gesagtem oder von Parolen in diesen Schriften scheint mit über 30 Jahren Abstand zum Ereignis fragwürdig und eher der kommunistischen Legendenbildung geschuldet. Aber die Möglichkeit besteht durchaus, dass Hermann Elflein an der Veranstaltung teilgenommen und auch, dass er dort geredet hat. Ein direkter zeitgenössischer Nachweis ließ sich jedoch nicht finden. Im Adressbuch von Potsdam ist er erst ab 1930 eingetragen.

3. Zu den Ereignissen des 16. März 1920

Da am 14. März 1920, einem Sonntag, keine lokale Zeitung erschien und auch sonst wenige Menschen arbeiten mussten, fiel der erste wirklich zählende Streiktag auf einen Montag, obwohl z.B. in Berlin schon erste Ausstände vermeldet wurden. Potsdam wartete wie das ganze Land. Die Gerüchte kochten. Der Morgen dann brachte Klarheit, und diverse Betriebe beteiligten sich am 15. März am Ausstand. Am nächsten Morgen – am 16. März – kam auch in Potsdam das öffentliche Leben weitestgehend zum Erliegen¹⁷. Lebensnotwendige Bereiche wie die Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerke traten in den Streik. Um einem Komplettausfall entgegenzuwirken, baute der Generalmajor und Kommandant der Garnison Potsdam, Walter Wilhelm Heinrich Adolf Joachim von der Hardt (1862-1938), auf eine Mischung aus Einsicht und Drohung. Er erließ am 15. März einen Brigadebefehl an die Truppen, in welchem er das härteste Vorgehen gegen die Streiks anordnete¹⁸, zusätzlich zu der Information, die von der Kapp-Regierung herausgegeben wurden¹⁹, und am gleichen Tag ließ er auch im Stadtgebiet die folgende Bekanntmachung für die Bevölkerung plakatieren:

¹⁵ Polizeipräsident in Potsdam 1918-1933

¹⁶ Märkische Volksstimme, 13.3.1954, zitiert in Finker, S.46.

¹⁷ Blha, Rep 2A I Pol Nr. 1442, S. 215-223

¹⁸ BLHA, Rep 2 A, I Pol. 1063, S.17.

¹⁹ Siehe Anhang 1.

54

Öffentliche Bekanntmachung.

Auf Grund der Verfügung des Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 betreffend den Ausnahmezustand übernehme ich die Ausübung der vollziehenden Gewalt für den Stadtkreis Potsdam. Zivilkommissar ist der Polizei-Präsident von Potsdam v. Zibewitz.

Demzufolge sind Truppen, Sicherheitspolizei, Reichswasserschut (Mark West), Einwohnerwehr und Technische Nothilfe von Potsdam meinem Befehl unterstellt.

Ich verbiete für den Stadtkreis Potsdam alle Versammlungen in nicht geschlossenen Räumen, sowie Umzüge und Ansammlungen von Menschenmengen. Versammlungen in geschlossenen Räumen und sämtliche Druckveröffentlichungen unterliegen meiner Genehmigung.

Alle Kundgebungen für die frühere Regierung sind verboten und werden mit scharfen Maßnahmen verhindert werden. Im Besonderen werden verbotene Drucksachen beschlagnahmt und Zettelverteiler verhaftet. Im Widerhandlungsfalle werden Druckereien geschlossen.

Ich ermahne jeden Deutschen, sich in den Dienst des Vaterlandes zu stellen und Ruhe und Besonnenheit zu bewahren.

Streiks sind ein Verbrechen am Volksleben und werden mit allen Mitteln unterdrückt werden.

Wer beim Abreißen dieser öffentlichen Bekanntmachung betroffen wird, wird festgenommen werden.

15. III 1920

gez.: **v. d. Hardt,**

Generalmajor und Garnisonkommandant von Potsdam.

Die technische Nothilfe sollte in den essentiellen städtischen Bereichen dafür sorgen, dass die Grundversorgung nicht zusammenbrach. Um weitere Eskalation, etwa durch streikende, demonstrierende Arbeiter zu vermeiden, wurden in der Stadt Wachposten bezogen. Dies galt auch besonders für die Zugänge der Stadt und wichtigen Gebäude. Die kleinere Nachbarstadt Nowawes war bekannt und berüchtigt für das revolutionäre Potential durch die verhältnismäßig größere Arbeiterschaft, so dass die Militäradministration einem Überschwappen dieser revolutionären Stimmung ins bürgerliche Potsdam von vornherein einen Riegel vorzuschieben gedachte. Für die bewaffnete Einwohnerwehr in Potsdam warb sogar das Rathaus. Oberbürgermeister Kurt Vosberg ließ Listen zum Einschreiben in die entsprechenden Listen zirkulieren²⁰. Er stellte es den Beamten frei, sich für einen Dienst in der Wehr oder als Zeitfreiwilliger zu melden, da bisher die Zahl der Mitglieder überschaubar war. Auch der Altersdurchschnitt lag mit über 60 unter den Erwartungen für eine einigermaßen schlagfertige Zivilverteidigungstruppe. Das natürlich die Freistellung nicht für irgendwelche revolutionären Umtriebe galt, stellte Vosberg allerdings auch klar, indem er zwei Magistratshilfsarbeiter, die offenbar am Streik teilnehmen wollten, kurzerhand entließ. Die Mitarbeiter hatten wohl Bemerkungen gemacht, die eine Teilnahme an revolutionären Veranstaltungen implizierten²¹. Die Verbindung von Teilnahmebekundung und Entlassung ist möglich, der Regierungspräsident hat die Kompetenzen zur Entlassung in seiner abschließenden Schrift als gegeben eingeschätzt, sich einem Urteil aber weitgehend enthalten, indem er die Entscheidung als moralisch fragwürdig einschätzte.

Die begrenzten Kommunikationsmöglichkeiten der Zeit und die extrem starke Aufladung der Emotionen großer Bevölkerungsteile, führte einerseits zu Verwirrung und Erstarren, um den Überblick vor einer Entscheidung zu gewinnen und andererseits zu Aktionismus, der auch eine Vielzahl von Gerüchten erzeugte. So behauptete etwa der Kommandant Potsdams v. d. Hardt in dem vorher schon zitierten Brigadebefehl vom 15.März im Rahmen einer Lageerörterung:

„Die alte Regierung will die Aufforderung zum Generalstreik widerrufen, da sie ihr Unrecht am Volke eingesehen hat. Verhandlungen zwischen alter und neuer Regierung haben begonnen, und sind im guten Fortschreiten.

Die Bildung einer Regierung auf breit[e]ster demokratischer Grundlage ist in kürzester Zeit zu erwarten. Sie wurde verzögert, durch den Aufruf der alten Regierung zum Generalstreik. Im Bereiche des Reichsw. –Gruppen-Komdos. I traten sämtliche Reichswehren und Sicherheitswehren auf seiten der neuen Regierung.“²²

²⁰ BLHA, Rep 2 A, I Pers. 5890, S.180ff.

²¹ Ebenda.

²² BLHA, Rep 2 A, I Pol. 1063, S.17.

Adressat waren die in Potsdam stationierten Truppen, die damit klar auf die Seite der Putschisten gezogen wurden. Wie auch schon 1918 kam nennenswerter Widerstand gegen die Befehle der Militärs nicht zustande.

Die Genehmigungspflicht für Druckerzeugnisse führte zu einer einseitigen Berichterstattung zugunsten der Putschisten. Auch die Tageszeitungen, die durch den Streik allerdings meist lahmgelegt wurden, berichteten entsprechend einseitig. Die wenigen Blätter, die trotz allem erschienen und bis heute erhalten sind, sind entweder frei von Berichten oder ihre Verbreitung wurde versucht zu behindern²³. Oberbürgermeister Vosberg z.B. beobachtete bei einem Spaziergang vor einem Zigarrengeschäft in der Brauerstraße eine Menschenmenge. Er erkundigte sich nach dem Grund und fand heraus, dass in einem Schaufenster wohl eine putschkritische Ausgabe des „Vorwärts“, dem Parteiorgan der SPD, aushing. Der Titel des Blattes war weggefaltet, sodass man es nicht mit Sicherheit sagen konnte. Vosberg meldete einem vorbeilaufenden Wachsoldaten den Vorfall und darauf wurden der Besitzer des Ladens, Martin Kiesel, Gründungsmitglied des ersten Potsdamer Soldatenrates²⁴, sowie dessen Bruder Georg, verhaftet²⁵. Diese beiden könnten als bekannte Sozialisten auch auf einer dubiosen „Verhaftungsliste“ gestanden haben, die, laut Anklageschrift einiger Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zur Einleitung des Disziplinarverfahrens, von Kurt Vosberg an Generalmajor v. d. Hardt übergeben wurde. Der Nachweis dafür konnte vom Regierungspräsidenten Franz Schleusener (1876-1950) allerdings nicht beigebracht werden. V. d. Hardt erklärte, dass durch seinen Stab eine Liste mit zu verhaftenden Hetzern erstellt worden sei, da er selbst noch nicht lang genug im Amt war, um die Leute zu kennen. Es besteht Unklarheit, ob Vosberg hier Hilfestellung gegeben hat, am Ende gilt das Wort des Generals, der Vosberg entlastete. Weiter wurden Räume der Stadtverwaltung im Stadtschloss den Putschisten überlassen, wobei Vosberg wiederum unterstellt wird dies sogar verlangt zu haben. Im Urteil wird die Entscheidung zur Belegung dieser Räume einzig der militärischen Administration zugesprochen.

Die acht Punkte in der Anklage wurden also wegen teils offenbar begründbaren Zweifeln, teils wegen direkter Parteinahme durch Garnisonkommandant v.d.Hardt nicht zum Nachweis geführt und das Verfahren wurde im Juni 1920 eingestellt. In der Stadtverordnetenversammlung vom 31. März 1920 wurde Vosberg mit den Stimmen der bürgerlichen Mehrheit des Stadtparlamentes und gegen die der SPD und USPD das Vertrauen ausgesprochen²⁶.

²³ Z.B. Zauch-Belziger Kreisblatt erscheint durchgängig, allerdings ohne Hinweise auf Entwicklungen während des Putsches, das SPD-Organ Vorwärts erscheint in geringer Auflage, die großen Berliner Zeitungen, auch die überregionalen, sind sämtlich durch den Streik lahmgelegt.

²⁴ Potsdamer Zeitung, 11.11.1918.

²⁵ BLHA, Rep 2 A, I Pers, 5890, S.3, 180ff.

²⁶ Potsdamer Tageszeitung, Potsdamer Zeitung, Potsdamer Abendzeitung, 1.4.1920.

Trotz des Versammlungsverbotes genehmigte Generalmajor v. d. Hardt zunächst eine am 13. März 1920 in der Zeitung angekündigte Versammlung der Deutschen Volkspartei (DVP) im Wirtshaus Sanssouci am Luisenplatz²⁷. Nach Bekanntwerden des Putsches sollte die Veranstaltung wohl auch zur Aufklärung der Bevölkerung dienen. Den weiteren Verlauf beschreibt v. d. Hardt in einem Bericht, der am 24. März 1920 beim Regierungspräsidenten Franz Schleusener einging und der für die Rekonstruktion der Ereignisse eines der zentralen Dokumente darstellt:

„Bericht über den Zusammenstoß am 16.3.20 gegen 9 Uhr abends am Stadtschloß Potsdam

Am 16.3.20 zu 8 Uhr abends war mit Genehmigung des Garnisonkommandanten, Generalmajor v.d.Hardt, eine öffentliche Volksversammlung zur Aufklärung der Bevölkerung im Wirtshaus Sanssouci anberaumt.

Um 7 Uhr 30 abends traf bei der Befehlsstelle Potsdam von der Reichswehr-Brigade III (Berlin) die dienstlich[e] Mitteilung ein, daß das von den Kommunisten in Berlin zu 9 Uhr abends gestellte Ultimatum (Zurückziehung der Truppen) vom Militär-Oberbefehlshaber abgelehnt sei.

In Berlin mußte also ab 9 Uhr abends auf heftige Kämpfe gerechnet werden. Eine Einwirkung dieser Kämpfe auf die Lage in Potsdam konnte umsoweniger ausbleiben, als seit den Mittagsstunden in den Straßen Potsdams sich hier eine ganz ungewohnte Erregung bemerkbar machte, die sich durch die Tätigkeit von anscheinend zugezogenen Hetzern ständig steigerte.

Es lag infolgedessen die Gefahr vor, daß in den Abendstunden zu erwartende Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht zeitlich mit dem Schluß der Volksversammlung zusammenfielen. Die abströmenden Menschenmengen konnten in solche Zusammenstöße unbewußt hineinlaufen. Großes Unheil konnte dann entstehen.

Daher befahl der Garnisonkommandant gegen 8 Uhr abends, daß die Volksversammlung im Wirtshaus Sanssouci zu unterbleiben habe und sofort aufzulösen sei.

Im Wirtshaus Sanssouci hatte sich um 8 Uhr abends eine große Menschenmenge im Saale versammelt. Als der Saal fast voll war, drängte sich eine starke Gruppe lärmender Menschen durch die bereits geschlossenen Türen gewaltsam in den Saal. Allseitig besteht der Eindruck, daß es sich um eine größtenteils von Nowawes her zugezogene organisierte Radaubande handelte, die die Versammlung stören sollte.

Nach Bekanntgabe des Auflösungsbefehls begannen zwischen den Ordnungsliebenden und der Krakehlerbande gegenseitige Kundgebungen verbunden mit dem üblichen Johlen, Pfeifen usw. der Radauelemente. Auch hierbei war eine deutliche Radauleitung bemerkbar.

²⁷ Potsdamer Tageszeitung, zweite Beilage, 13.03.1920, Gefunden in: Stadtarchiv Potsdam, 05.1-0/025, F: 1064.

Die radaulustigen und hetzerischen Elemente vereinigten sich dann und zogen trotz des ausdrücklichen Verbots von Umzügen in einem etwa tausendköpfigen, geschlossenen Zuge durch die Straßen mit ausgegebener Losung „Lustgarten“. Im Zuge wurde geschrien, gehohlt, mit Hetzrufen gearbeitet (Hoch Rosa Luxemburg, Nieder mit Hindenburg) usw. – Das oft Taktmäßige dieser Schreiereien unter Anleitung von Führern ließ wiederum eine planmäßige Hetzleitung deutlich erkennen.

Etwa 8 Uhr 45 abends drängte diese Masse auf das Stadtschloß zu. Trotz dreifacher Aufforderung des Führers der Stadtschloßwache zum Auseinandergehen, drang die Menge unter Schimpfworten weiter vor.

Der militärische Führer ließ das Feuer eröffnen, worauf die Meisten fluchtartig zurückgingen. Mehrere Verletzte unter der Bevölkerung. Der Führer ließ stop(f)[p]en. Einige aus der Menge blieben hinter Denkmal und Häuserecken zurück und setzten Schimpfereien und Drohungen fort. Als diese Leute auf wiederholte Aufforderung nicht fortgingen, ließ der militärische Führer Einzelfeuer eröffnen. Darauf ergriff der Rest die Flucht.

Der Führer der Schloßwache, Oberleutnant Frhr. v. Senden vom Reiter-Regt. 115, hat seinem Befehl entsprechend gehandelt.

Die Verluste unter der Bevölkerung betragen: 4 Tote, 11 Verwundete.

Generalmajor und Kommandant der Garnison Potsdam v.d. Hardt

Potsdam, den 19. März 1920

Dem Herrn Regierungs-Präsidenten, hier zur Kenntnis.²⁸

Der Bericht lässt einen Blick auf die Selbstverständlichkeit des Militärs in Potsdam zu und wirft ein seltenes Licht auf die Ereignisse des 16. März 1920.

Eine Veranstaltung im Wirtshaus Sanssouci kann durchaus einen großen Rahmen gehabt haben, denn das Platzangebot war reichlich. Es ist davon auszugehen, dass in dem Lokal mehr als 1 000 Menschen der Veranstaltung beiwohnten. Ein Auflösungsbefehl muss also etwas Zeit in Anspruch genommen haben, um bis zum letzten Versammlungsmitglied durchgedrungen zu sein. Nach der Auflösung dann gingen immer noch, wie berichtet, etwa 1 000 Menschen durch die Straßen in Richtung Lustgarten. Die Zahl mag stimmen; sie kann allerdings auch im Bericht erhöht worden sein, um das Bedrohungsszenario zu unterstreichen.

Etliche Menschen werden sicher dem Befehl zur Auflösung gefolgt sein, da die Veranstaltung ja nicht von irgendeiner radikalen Partei einberufen war und der Protestzug wahrscheinlich eher ein spontanes Produkt darstellte. Von wie vielen Menschen also bei der vorrausgegangenen Veranstaltung auszugehen ist, bleibt daher fraglich. Allerdings kann nicht von einer homogenen

²⁸ BLHA, Rep 2 A I Pol 1063, S.53.

Klientel ausgegangen werden. Auch wird in einem der drei abgedruckten Sitzungsberichte geschrieben, dass ein Kollege, der Stadtverordnete Winterhagen von den Deutschnationalen, an dem Demonstrationzug teilgenommen habe²⁹. In der DDR-Literatur wird von einer Rede Hermann Elfleins auf dem Luisenplatz gesprochen, direkte, zeitnahe Nachweise dessen, also z.B. Vermerke in Polizeiakten, Zeitungsberichte mit Erwähnungen etc. gibt es jedoch nicht. Diese Informationen stammen, wie bereits erwähnt, erst aus den 1950er-Jahren³⁰.

Wenn die Losung Lustgarten gelautet haben soll, ist es allerdings seltsam, an welchen Stellen die Menschen erschossen wurden. Aus den Einträgen im Sterberegister geht hervor, dass von den vier Toten zwei in der Kaiserstraße starben, also dem heutigen Durchgang hinter der Nikolaikirche zum heutigen Platz der Einheit. Ein Toter ist auf der Hohen Weg Straße zu beklagen, d.h. auf der anderen Seite des Schlosses, in der heutigen Friedrich-Ebert-Straße zwischen Platz der Einheit und Marstall. Dazwischen liegt noch die Schlossstraße, und die Entfernung vom Schloss ist nicht gering, obgleich eine Sichtbeziehung bestand. Auch bei den Toten in der Kaiserstraße trifft dies zu. Bei einer Person lässt sich der Ort nicht mehr identifizieren, da sie im städtischen Krankenhaus verstorben ist.

Aus dem Bericht geht hervor, dass die ankommende Menge nicht bewaffnet gewesen ist, da sie sich ansonsten mit Sicherheit zur Wehr gesetzt hätte. Nicht in allen Städten war dies der Fall, da insbesondere durch den Rückfluss aus dem Krieg noch viele Waffen zirkulierten³¹. In Potsdam existiert jedoch kein Bericht über bewaffnete Übergriffe gegen Soldaten. Im Lagebericht vom 19. März 1920 wird erwähnt, dass Soldaten überrumpelt und entwaffnet wurden, darauf folgt dann nur der Hinweis, nicht allein zu gehen³². In Nowawes, heißt es im gleichen Bericht, bestehe eine Räterepublik und die Bevölkerung bewaffne sich. Hier wird insbesondere ein Bedrohungsszenario für Potsdam kreierte, das auch die Kontrollposten in und um die Stadt weiter rechtfertigen sollte.

Was aus dem Bericht weiterhin hervorgeht, ist die Tatsache, dass keine Warnschüsse abgegeben wurden. Das bedeutet, dass eine johlende und pfeifende Menge von um die tausend Menschen – ohne Lautsprecher! – aufgefordert wurde, sich nach Hause zu begeben. Das Mittel zur akustischen Verstärkung mag eine sogenannte Flüstertüte gewesen sein. Aber es ist auszuschließen, dass alle Beteiligten von der immanenten Bedrohung Kenntnis hatten. Nachdem dann die ersten Schüsse verhallt und Verwundete liegen geblieben sind, verstecken sich einige hinter dem Obelisk auf dem Alten Markt und in den angrenzenden Straßen. Der weitere Lärm provozierte jetzt das Einzelfeuer, dem vermutlich die meisten Opfer geschuldet sind. Dieses Einzelfeuer mag auch für die relativ große Entfernung zum Schloss sprechen, von der vorher schon die Rede war. Auch in der zufällig gefundenen Beilage der Potsdamer Abendzeitung wird im Sitzungsbericht zur

²⁹ Potsdamer Abendzeitung, Beilage, 1.4.1920, Gefunden in BLHA, Rep 2 A, I Pers, 5890, S.41.

³⁰ Z.B. Märkische Volkstimme, 13.03.1954.

³¹ Kluge, U., Die deutsche Revolution 1918/1919, Frankfurt M., 1985, S.198.

³² BLHA, Rep 2 A I Pol 1063, S.7.

Stadtverordnetenversammlung von Schüssen auf die Flüchtenden gesprochen, was wiederum die Entfernung rechtfertigen könnte³³ und die Situation umso unmenschlicher darstellt. Das der Kommandant der Schlosswache, Freiherr von Senden, nach Befehl gehandelt habe, unterstreicht v. d. Hardt nochmals und übernimmt damit die Verantwortung als dessen Vorgesetzter. Der Vorfall wird gleichwohl für keinen der beteiligten Soldaten oder deren Vorgesetzte Konsequenzen haben.

Die Toten waren die 19jährige Helene Bürger, der 24jährige Schumacher Oskar Heinrich, der 27jährige Maurer August Fröhle und der 26jährige Klempner Fritz Wilhelm Hagemeister. Bürger und Heinrich stammten aus Nowawes, Fröhle aus Nauen und Hagemeister aus Potsdam. Alle waren zum Todeszeitpunkt in Potsdam wohnhaft. Ob die Herkunft der Toten mit der Behauptung von den Zugezogenen im Bericht v. d. Hardts in Verbindung steht, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, möglich ist auch ein allgemeines Vorurteil der Potsdamer Polizei- und Militärbehörden gegen die unruhige Nowaweser Bevölkerung.

Belege für politische Aktivitäten der getöteten Personen außerhalb der besuchten Veranstaltung lassen sich nicht finden. In einer zufällig gefundenen unvollständigen Ausgabe der Potsdamer Tageszeitung vom 27. März 1920 findet sich für Helene Bürger eine Traueranzeige, die das Geschehen als Unfall ausgibt³⁴. Ob es für die anderen Personen ähnliche Anzeigen gab, lässt sich nicht abschließend klären, der Erhaltungszustand der Zeitungen ist für diese Zeit in Potsdam extrem schlecht. Nur Zufallsfunde von Einzelblättern werfen Schlaglichter auf die Situation und Stimmung vor Ort.

Laut Angaben der Friedhofsverwaltung wurden die Toten in den zwanziger Jahren des 20sten Jahrhunderts bei Erdbestattung üblicherweise nach drei bis spätestens 6 Tagen beigesetzt. Die Potsdamer Toten wurden sämtlich auf dem Neuen Friedhof, Grabfeld Wahlstelle III beigesetzt. Reihen oder Nummern sind in den Akten nicht enthalten. Seit den 60er Jahren wurden die Gräber sukzessive neu belegt, von der alten Belegung ist nichts erhalten.

Gedenksteine oder Ähnliches gab und gibt es in Potsdam zum Kapp-Lüttwitz-Putsch nicht. Auf der Sitzung der Stadtverordneten vom 31. März 1920 wurde von allen Fraktionen der Toten und ihrer Familien gedacht und der Vorschlag des Stadtverordneten Wolter von der USPD betreffs der Erstattung aller Kosten für die Angehörigen der Toten angenommen. Ein Gedenkstein zu Ehren der Toten wurde allerdings von der bürgerlichen Mehrheit im Stadtparlament abgelehnt³⁵.

Anders als in vielen brandenburgischen Städten und Gemeinden hatte die Stadtverwaltung selbst in der DDR offenbar kein Interesse an einer Korrektur dieses Umstandes. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass das Stadtschloss, seine Umgebung und deren Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Zerstörungen aus dem Fokus gerieten.

³³ Potsdamer Abendzeitung, Beilage, 1.4.1920, Gefunden in BLHA, Rep 2 A, I Pers, 5890, S.41.

³⁴ Gefunden in BLHA, Rep 2 A, I Pol, 1063, S.70.

³⁵ Potsdamer Zeitung, 1.4.1920.

4. Die Würdigung von Kapp-Putsch Toten in anderen Städten und Gemeinden

Mögliche Würdigungen in Potsdam

Reichsweit starben während des Kapp-Lüttwitz Putsches etwa 1 500 Menschen. Die häufigste Form der Würdigung ist die erhaltene Grabstätte oder Denkmäler auf Friedhöfen oder in Parks. Dies ist z.B. in Hennigsdorf der Fall, wo ein großes Denkmal in der Friedhofsstraße an die 15 Gefallenen erinnert. Auch in Cottbus, in Branitz finden sich entsprechende Würdigungen. Auch finden sich an meist öffentlichen Gebäuden Gedenktafeln, z.B. in Cottbus am Spremberger Turm oder in Schwerin am Hauptpostamt. Ebenso wurden an Gebäuden neueren Ursprungs Tafeln des Gedenkens angebracht, so z.B. am Schöneberger Rathaus, wo der Vorgängerbau im Zweiten Weltkrieg zerstört wurde. Hier findet sich auch ein Hinweis auf den Bestattungsort der während des Putsches Gefallenen. Eine neuere Gedenktafel wurde z.B. in Gera in der Jüdengasse im Jahr 2012 installiert.

Eine Würdigung der Opfer des Putsches in Potsdam ist zu empfehlen. Gewalt gegen unbewaffnete Zivilisten, die auch noch ungeahndet blieb, sollte nicht dem Vergessen anheimfallen. Eine besonders revolutionäre Stadt ist Potsdam nie gewesen, insofern ist das beschriebene Ereignis eine Besonderheit in der Stadtgeschichte.

In Potsdam bieten sich verschiedene Möglichkeiten der Würdigung an. Dazu könnte ein neuer Stein auf dem Gräberfeld III des Neuen Friedhofs gehören, auf dem auch die Namen und natürlich der Umstand des Todes vermerkt sind. Ebenso ließe sich eine mehr die symbolische Bedeutung des Kampfes gegen die Diktatur würdigende Darstellung z.B. an einer weniger begangenen Ecke des Alten Marktes im Boden verankern – entweder aufragend oder eingelassen. Ein Beispieltext hierfür könnte z.B. lauten:

„Der Kapp-Lüttwitz-Putsch als konterrevolutionärer Umsturzversuch der Weimarer Republik vom 13. März 1920 scheiterte schon nach vier Tagen durch den Generalstreik der gesamtdeutschen Arbeiterschaft. Etwa 1500 Menschen verloren während dieser Tage ihr Leben im Zuge von Kampfhandlungen. In Potsdam wurden am 16. März 1920 bei einer Demonstration, die vom Luisenplatz kam, vier Potsdamer Bürger durch die Schlosswache erschossen und 11 verletzt. Keiner der Verantwortlichen ist dafür je zur Rechenschaft gezogen worden.“

Da 2020 der 100. Jahrestag der Ereignisse ansteht, wäre es auch gut möglich, die feierliche Einweihung einer Gedenkplatte in eine Veranstaltungsreihe zum Thema einzubetten. Diese könnte z.B. aus Vorträgen und Ausstellungen rund um das Jubiläumsdatum bestehen.

5. Literaturhinweise

Weiterführende Literatur zum Thema Kapp-Putsch:

Kluge, Ulrich: Die deutsche Revolution 1918/1919: Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt am Main 1985.

Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung, Berlin, Bonn 1984.

DDR-Spezialliteratur:

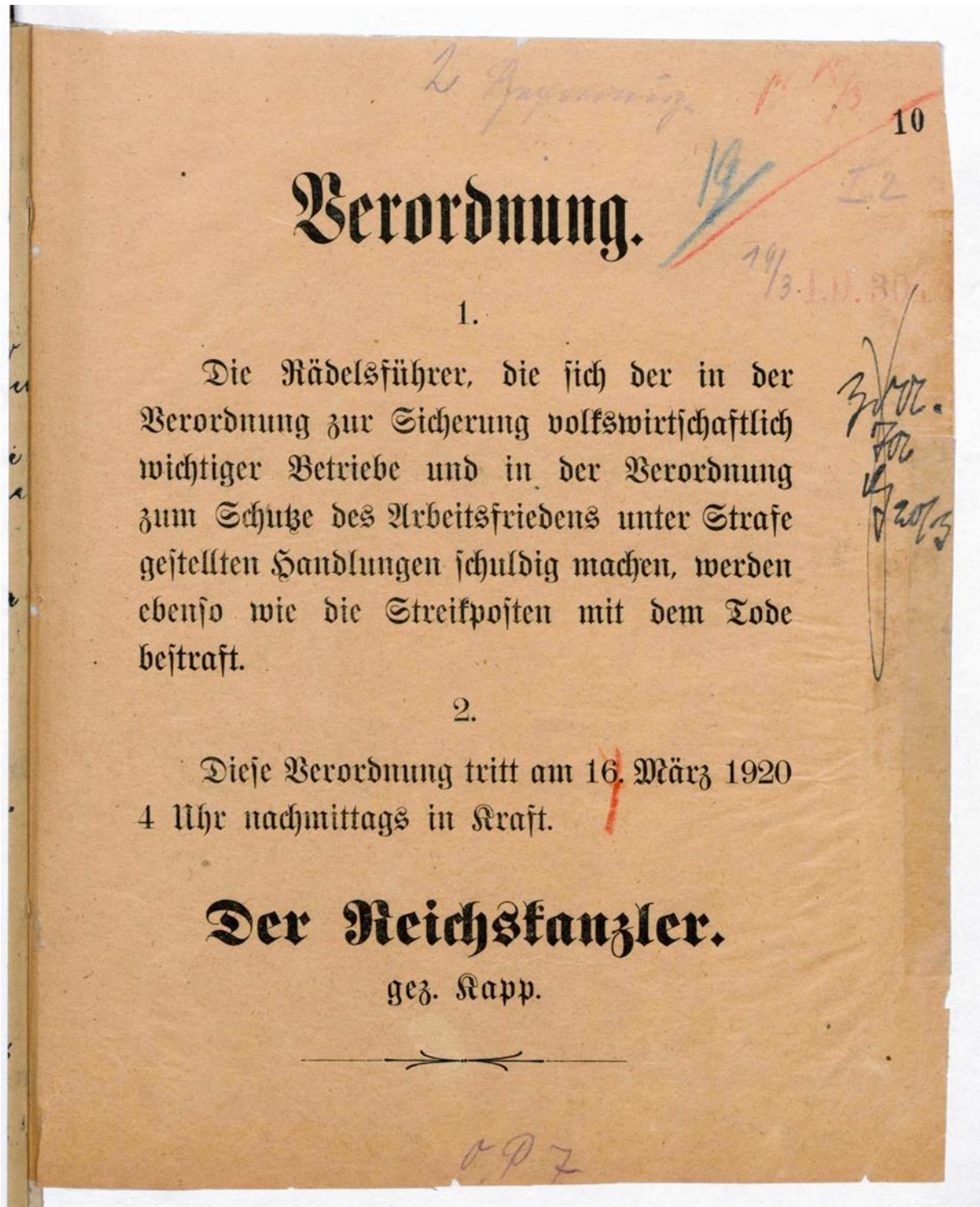
Müller, Harald: Geschichte der Stadt Potsdam 1918-33, Potsdam 1970.

Finker, Kurt: Märker gegen Militaristen, Schkeuditz 2000.

Akten des Landeshauptarchives Brandenburg und des Stadtarchives Potsdam sowie Ausgaben von Tageszeitungen aus der Staatsbibliothek zu Berlin, wie in den Fußnoten angegeben.

6. Anhang

1.



3.

unseren Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen
Berta Rosenow.
Potsdam, Holzmarktstraße 9.

Herzlicher Teil-
meines lieben
ehem. Königl.

ilke
ndten und Be-
gesetzten und
besonders dem
e trostreichen
Dank.
Witwe
Hering
le und Erich.

Danksagung.
Am 16. März entriß uns plötzlich und un-
erwartet durch Unglücksfall der Tod meine
liebe Frau und unsere herzensgute Schwieger-
tochter
Helene Bürger
im blühenden Alter von 20 Jahren.
Für die zahlreichen Beweise herzlicher
Teilnahme sowie unzähligen Kranzspenden
sprechen wir allen Verwandten und Bekannten,
besonders dem Herrn Pfarrer unseren herz-
lichsten Dank aus.
Im Namen der Hinterbliebenen
Willy Bürger und Schwiegereltern.

scheinen eines Be-
zu der Verjamm-
Auslicht gestellt.
Biegschäfer und
der Piegengucht me-
dieser Verjamm-
eingeladen und zu
tritt des Vereins
Der Club

Vermischte
Verm. Dame, 20
bess. geb. Herrn
Ausfl. f. zu lerne
unter L. 335 an

Flottgehen
in guter Lage
verkaufen. Sei-
sich melden u.

Potsdamer Zeitung, 27.3.1920, Gefunden in BLHA, Rep 2A, I Pol 1063, S.70.